

Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

Bezugspreis halbjährlich 1 Mark einschließlich Frachtposten, bei Selbstabholung 30 Pfennig. Einmalig 1 Mark und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Börsen und Agenturen entgegen genommen. Redaktion: Halberstadt, Dampflag 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tageblatt, Kurt Weber, G. m. b. H. Verlagsort: Halberstadt, Markt 10. Druckerei: Halberstadt, für den letzten Teil Wilhelm Rindermann, für Beiträge u. Inserate Karl Zeeh, Markt 10, Halberstadt.

Anzeigenpreis die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restlampe 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Abgebildete Anzeigen sind für die Gestaltung des Textes zu bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Ermäßigung nicht übernommen werden. Anzeigen in der Geschäftsstelle Halberstadt, Dampflag 48 (Fernruf Nr. 2313), Buchdruckerei Wernigerode 4628 und Volksbuchhandlung (Steinwald) Wernigerode, Burgstraße 8.

Nr. 44

Donnerstag, den 20. Februar 1930

5. Jahrgang

Steuer-Notopfer.

Sozialdemokratie und Zentrum dafür. — Moldebauer lehnt Verpfändung ab.

Die Besprechung der Finanzpolitischen Sachverständigen der Reichstagspartei mit dem Reichsfinanzminister Dr. Moldebauer fand am Mittwoch zu einem vorläufigen Ergebnis geführt worden. Die Besprechungen bezogen sich, wie die Regierung über die Aufstellungen der Parteien zu unterrichten, um ihr damit die Möglichkeit zu geben, den Etat für das Jahr 1930 fertigzustellen. Angelegentlich Vereinbarungen wurden nicht getroffen.

Die Reichsregierung sieht sich bei einer schwierigen Aufgabe. Die Meinungsverschiedenheiten unter den Parteien über die Deckung des Fehlbetrages im Reichshaushalt sind außerordentlich groß. Auch wenn die Angelegenheit der Besteuerung, wie jetzt festzustellen scheint, bereit ist, freiwillig etwa 100 Millionen Morgengüter der Reichsbahn zu erwerben und die Sozialversicherungsbeiträge ebenfalls, wenn auch wesentlich kleineren Betrag übernehmen wird, so kann doch auf diesem Wege der Fehlbetrag für die Arbeitslosenversicherung des nächsten Jahres nicht voll gedeckt werden. Auch wenn deshalb im Etat 1930 fast 600 Millionen nur 450 Millionen für die Sozialversicherung festgesetzt werden, bleibt ein Fehlbetrag durch Steuererhöhungen zu decken, der wesentlich höher ist als der ursprünglich angenommene Betrag von 200 Millionen und einschließlich des verbleibenden Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung zwischen 400 und 500 Millionen betragen dürfte.

Neben der Höhe des Fehlbetrages ist es aber vor allen Dingen die Art der Steuererhöhungen,

die zwischen den Parteien heftig ist. Wenn auch einzelne Parteien mit z. B. dem Zentrum sich zu den höchsten Steuern nicht dabei die Führung überlassen wollen, so sind dennoch die großen Streitfragen deutlich erkennbar. Auf der einen Seite stehen diejenigen, die durch möglichst starke Erhöhungen der Verbrauchssteuern, die den Charakter tragen, nicht nur das einmalige Geld durch Verpfändung decken wollen, sondern auch dadurch zu erreichen suchen, daß im Jahre 1931 beträchtliche Erhöhungen der Verbrauchssteuern vorgenommen werden können. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die wegen des Charakters des Fehlbetrages als einer einmaligen Erhebung dauernde Steuererhöhungen, insbesondere der Verbrauchssteuern, für wirtschaftlich halten, die Festsetzung auf fünfjährige Steuererhöhungen für unmöglich erklären und deshalb wünschen, daß der Fehlbetrag im wesentlichen durch ein

einmaliges Notopfer

zur Einkommensteuer aufgebracht werden soll.

Der Vorschlag des Notopfers ist von der Sozialdemokratie ausgesprochen, weil dadurch die Kräfte getroffen werden, welche zu einem Opfer im Interesse der Allgemeinheit in der Lage sind. Von der Reichsregierung, aber auch von den Vätern der Deutschen Volkspartei und der Demokraten werden deshalb starke Vermirungen gegen die Sozialdemokratie erhoben. Der Vorschlag wird als politisch und wirtschaftlich unrentabel bezeichnet. Demgegenüber muß darauf hingewiesen werden, daß auch

im Zentrum ähnliche Überlegungen

wie von der Sozialdemokratie vertreten werden, wenn auch das Zentrum bisher offiziell einen solchen Vorschlag nicht gemacht hat.

Das ist aber letztlich darauf zurückzuführen, daß die Meinung im Zentrum nicht ganz einseitig ist. Umso wichtiger ist, daß auch unter den Ministern des Zentrums der Gedanke eines Notopfers für durchaus richtig gehalten wird. Insbesondere der Reichsfinanzminister Dr. Stegerwald verweist darauf, daß ein erheblicher Teil der jetzigen Wirtschaftsschwierigkeiten zurückzuführen werden muß auf die dauernden Preissteigerungen, die immer wieder von Konjunkturbewegungen begleitet sein müssen.

Kartelle und Kartellierungen haben in Verbindung mit der deutschen Steuerpolitik die durch Rationalisierung erzielte verlässliche Produktion den Konsumenten nicht in ausreichendem Maße zugekommen lassen.

Würde man jetzt den Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte lediglich durch Waffensteuern zu decken suchen, so müßte bei den Arbeitern und Angestellten zwangsweise die Stimmung ausgeglichen werden: Was man den Arbeitern an neuen Steuern auferlegt, muß von den Gewerkschaften wieder möglichst an Lohn-erhöhungen herausgeholt werden. Damit aber werden die Wirtschaftsschwierigkeiten nur noch vergrößert werden. Stegerwald wendet sich deshalb in einer Denkschrift gegen alle einseitigen Sanierungspläne. Diese Denkschrift enthält folgende politischen Vorschläge:

Da bereits im verflochtenen Dezember die deutsche Wirtschaft durch Vorkriegs- und Zolleinstellungen mit mindestens 350 Millionen Mark neu belastet ist, so ist es unmöglich den ganzen Fehlbetrag von 700 Millionen mittels neuer Steuern aufzubringen.

Der Vorschlag der Deckung des Fehlbetrages der Arbeitslosenversicherung durch eine Anleihe bei der Sozialversicherung dürfte deshalb kaum zu umgehen sein. Die dagegen sprechenden wohnungspolitischen Bedenken seien zwar stark, würden aber im ganzen nicht so schwer zu beseitigen sein, als man auch diese 250 Millionen durch Steuern aufgebracht werden müssen.

Allerdings erheben sich dann steuerpolitisch und fiskalisch zwar einfache, politisch aber nicht vertretbare, daneben und gleichzeitig auch nicht die Umkehrsteuer um 1/2 Prozent zu erhöhen. Jede andere Steuerkombination ist gegenwärtig vertretbarer als die Umkehrsteuer. Da sie nicht befristet eingeführt werden können, sei sie eine dauernde Belastung der Konjunktur und wirtschaftlich schädlich.

Am liebsten ist die Befristung müsse man deswegen entweder die mittleren und höheren Einkommen zu einem einmaligen Notopfer heranziehen oder aber die Zehntelsteuern mit 1/2 bis 2% des Gehaltes.

Wir hoffen, daß diese Stellung von Stegerwald die Billigung des Zentrums findet, wobei Zentrum und Sozialdemokratie gemeinsam dafür eintreten, daß die kommenden finanzpolitischen Entscheidungen keine einseitige Waffensteuerbelastung enthalten werden, durch die eine dauernde Wirtschaftssenkung erschwert oder gar verhindert wird.

Moldebauer ist entsprechend der Stellung seiner Partei gegen jede Steuererhöhung, welche die Besitzenden trifft und will deshalb Waffensteuern.

Die Sozialdemokratie steht in Abwehr und wird das Moldebauersche Programm mit aller Schärfe bekämpfen.

Merge in Paris.

Paris, 20. Febr. (E). Das italienische Memorandum hat in Paris die Einführung hervorgerufen. „Zeitungen“ steht nicht an, die Zusammenfassung der beiden Vorschläge zu beschließen. Das unter italienische Memorandum aber nur darauf hinaus, Frankreich vor der öffentlichen Meinung ins unretliche Licht zu setzen. Auch das „Echo de Paris“ zeigt sich sehr verknüpft. Es schließt einen heftigen Brief auf seine ihm sonst so lieben Journalisten ab, in dem es mit deutlicher Ironie feststellt, daß Italien in seinem Memorandum die Möglichkeit jedes kriegerischen Konfliktes ablehnt.

Rein Geld für Kriegsschiffe.

Nicht aus Geld zum Ausland.

Die Werbung des „Echo de Paris“ hat auf den Bau des Panzerkreuzers B erst nach Vorlauf der englischen Regierung verzichtet werden sei, wird von der Reichsregierung in jeder Form als frei erunden bezeichnet. Die Reichsregierung habe nicht einen Augenblick daran gedacht, bis für das Panzerkreuzer B ein in Aussicht genommene Rote aus außerpolitischen Gründen abzulehnen. Der wirkliche Grund der Ablehnung ist in der Finanznot Deutschlands zu suchen.

Amnestie in Titauen.

Wien, 20. Febr. (E). Anlässlich der 12-jährigen Selbstständigkeit Titauens hat Staatspräsident Tomicek für zahlreiche politische und kriminelle Verbrechen eine Amnestie erlassen. Die 1. 31. eines angeblichen Verdicts auf Waldemar zu schweren Strafen verurteilten 14 Studenten sind ebenfalls amnestiert worden.

Vor 40 Jahren.

Der Wahlsieg der Sozialdemokratie vom 20. Februar 1890.

Vor der Reichstagswahl des 20. Februar 1890 ging die deutsche Sozialdemokratie als größte politische Partei Deutschlands hervor. Zwölf Jahre sozialdemokratischer Aktivitäten, zwölf Jahre durchdringender Volkspopularität, zwölf Jahre einer durchdringenden Klassenjustiz hatte nicht vermerkt, die deutsche Sozialdemokratie zu bestimmen. Mit jeder Reichstagswahl war die Partei gewachsen und gewachsen. Der erste Gehobung zwischen dem Reichsminister und der Politischen Polizei Deutschlands war durch amtliche Erklärungen schweigerischer Beamten erwiesen worden. Kameraden und Parteimitglieder von Hausdornen, ebemalige Diebe und Betrüger, Rumpelkammer und Profanitäten waren die Werkzeuge der Politischen Polizei gewesen.

In einem stinkenden Korruptionsmurmur steht die Polizei. Fortgesetzt füllten sich die Zeitungen mit Polizeiandachten, und so wird sie in ihrer Eigenschaft als Bekämpferin der Sozialdemokratie total entwertet. Die öffentliche Meinung, früher eine starke Stütze der Bismarckschen Politik, wird zu ihrer schärfsten Antagonistin. Auch dem Eiserbeder Geheimbundprozess erhoben selbst ganz laute liberale Blätter den Ruf: Genug der Schand. In diesem Prozess wurde nämlich die beschämende Tatsache festgestellt, daß ein Parteigenosse Kalligkoff zur Sprengung von Kirchen und Rathen aufgeföhrt hatte.

In den liberalen Kreisen hatte das Verbot der liberal-demokratischen Berliner „Korrespondenz“ auf Grund des Sozialdemokratischen eine ungeheure Empörung erzeugt. Aber an diesem Verbot teilte der Berliner Polizeipräsident von Richthofen noch nicht genug; er betrieb die Ausweitung des leitenden Redakteurs dieser Zeitung, Dr. Franz Mehrings aus Berlin. Mit Maß und Not verbanderte der preussische Minister des Innern, Herrrich, diesen neuen Polizeifeldwebel. Er wurde seitdem nach dem Bismarck zu den „wilden“ Charakteren gezählt, die unerschrocken Werkzeuge für seine Staatsrechtspläne waren.

Ein neues Moment der Empörung trat dann der Barparatierstreit im Rheinland und in Westfalen in die öffentliche Meinung hinein. Wilhelm II. nach im Banne seines Kanzlers, demunzierte die Sozialdemokratie als „Reichs- und Vaterlandsfeind“ und drückte alles über den Haufen fliegen zu lassen, was sich den Beschränkungen widerte. Man muß diese der Reichstagswahl vorausgehenden historischen Ereignisse klar und fest ins Auge fassen, wenn man den beispiellosen Wanktritt verstehen will, den die Bismarcksche Gewaltpolitik am 20. Februar 1890 erfuhr. Die größten Optimisten der sozialdemokratischen Partei hatten nämlich „nur“ mit einer Million sozialistischer Stimmen gerechnet. Der 20. Februar 1890 überbot aber die „Mitteln“ Erwartungen mit über 400 000 Stimmen, wobei an diesem Tage 1 427 298 sozialdemokratische Stimmen gezählt wurden.

Die sogenannten „Lagernde Gebiete“, in denen das „Ständegeld“ Bismarcks oft mit launenpöter Willkür gehandhabt worden war, waren die höchsten sozialdemokratischen Stimmenabgeber. Dem Sozialistengesetz — das bewies die Februarwahl 1890 schlagend — war die letzte verbleibende Kraft, die ihm antwortlich beigemessen werden mußte durch die offene und geheime Tätigkeit der Sozialdemokratie genommen worden.

Ein Reg sozialdemokratischer Geheimorganisationen breitet sich über Deutschland aus. Den verdorbenen „Sozialdemokrat“, das Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, konnte man ohne große Schwierigkeiten in allen größeren Städten erhalten. Ich selbst überzeuge mich schon 1884 persönlich von dieser Tatsache. Ganze Bogenblätter von sozialdemokratischen Broschüren wurden ebenfalls nach Deutschland hinübergeschmuggelt, oder dort selbst gedruckt. So wurde selbst der „Sozialdemokrat“ von Grillenberg einige Zeit in Nürnberg geheim gedruckt und später einige Jahre hindurch in München.

In den letzten Jahren des Sozialistengesetzes stand der deutschen Sozialdemokratie eine in Deutschland existierende lokale Arbeiterpresse zur Verfügung; in Berlin das „Berliner Volksblatt“ und die Berliner „Karlshöhe“, in Hamburg-Altona das „Hamburger Echo“, in Dresden die „Sächsische Arbeiterzeitung“, in Nürnberg die „fränkische Tagespost“, in München die „Süddeutsche Post“, die nachher in die „Münchener Post“ umgewandelt wurde. Diese sogenannte „lokale“ sozialdemokratische Presse gab — sie gebot beim Fall des Sozialistengesetzes über 60 Organe — ganz hervorragende Proben einer starken propagandistischen und organisatorischen Kraft gerade bei der Februarwahl 1890. 20. Treffliche Wahlhelfer sind die Sozialdemokratie dann am 20. Februar in den Gewerkschaftskreisen, die sich fast alle zur Sozialdemokratie bekamen.

Anschließend war Wilhelm II. selbst an der Gewaltpolitik Bismarcks irre geworden. Er bezeichnete in der Sitzung des Reichstagsministeriums vom 30. April 1889 die Gefolge und Verbindungen als bloße Palastkette, die wohl äußere Ausschreitungen der Sozialdemokratie einbinden könnten, sie aber niemals an der Wurzel treffen würden. Wilhelm wollte die Sozialdemokratie durch Schufe und Ruche bekämpfen. Schon an diesem Tage trat Bismarck in einen ausgedehnten Gegensatz zu Wilhelm II. Bismarck schmeckte diese am 20. Februar 1890 die „Sozialdemokratische Frage vor. Er dachte bei der Unterwerfung der Jugend — die länderliche Jugend, die stärker an Zahl und an Kraft sei, wenn es sich schließlich im Kampf zwischen Staatsordnung und Sozialdemokratie um die Gewalt handelt, werde, hier endliche alle Entscheidung nicht. Und Bismarck setzte sich dann in einem grundsätzlichen Gegensatz zur Arbeiterbewegungselbst. Er griff die Reichsregierung an.

Die Flotten-Abrüstung.

Eine Woche Vertagung.

London, 19. Febr. (E). Die Hauptdelegierten der Flottenkonferenz haben am Mittwoch beschlossen, die Konferenz anschließend der französischen Regierung auf eine Woche zu vertagen. Vom vermutet, daß sich die italienische Delegation ebenfalls auf die Dauer der Vertagung nach Rom begeben wird. Die Konferenz soll am kommenden Mittwoch wieder zusammenkommen, falls sich bis dahin die Teilnahme Frankreichs wieder ermöglichen läßt.

Vor der Vertagung der Konferenz wurde das Memorandum der italienischen Delegation

der Öffentlichkeit übergeben. Das umfangreiche Dokument behauptet einmütig, daß Abrüstungen ausschließlich des italienischen Charakters haben dürfen und deshalb auf das Mindestmaß herabgesetzt werden müssen. Die italienische Delegation wiederholt dann, sie sei bereit, vom vornehmen jeder nach 10 niedrigen Rüstung zur See ihre Zustimmung zu erteilen, sofern dieses Minimum von keinem anderen nationalem Macht überschritten werde. Italien trete mit Nachdruck für eine Herabsetzung der Rüstungen zur See ein, weil es als Mitglied des Völkerbundes und eines der Völker, die der Kellogg-Pakt unterzeichnet haben, eine bezweckende Verpflichtung zu übernehmen worden seien. Es sei schließlich mit der Möglichkeit der „Waffen-Rasse“ einverstanden, falls eine wesentliche Gesamtabrüstung der Rüstungen zur See und eine Abschaffung der U-Bootschiffe erfolgt.

Die Fahrt durch die Nacht.



einen schönen Rahmen, wofür Siegfried Kuttner volles Lob verdient. Die musikalische Leitung lag bei Anton Räder und zeigte, wie und in wozu umgearbeitet. Das Haus war nicht voll besetzt. Die Leitung lag nicht gut, mehrere Operationen hinterinander zu geben.

Die Reichszentrale für Heimatschutz veranstaltet in Duedlinburg Staatsbürgerliche Bildungslehre. Der erste Vortrag von Volkswirt Dieffenbach „Die Wanderversicherung im deutschen Wirtschaftsleben unter besonderer Berücksichtigung des militären und zivilen Heeres“, mit Lichtbildern, findet am 26. Februar, in der Aula der Reblers- und ausgegliederten Renner der Wanderversicherung. Der zweite Vortrag von außerordentlichem Mitgliedmaterial, das bis hierher gesprochen hat, liegen aus allen Kreisstellen in der denkwürdigen Weise über seinen Vortrag vor. Vor allem finden die Bemühungen, den Gegensatz zwischen Stadt- und Landbevölkerung etwas auszugleichen, in dem der Verständnis für die Aufstrebendenangehörigen beider Wirtschaftsklassen zu weiten verdringend zu empfinden. Der Besuch dieses Vortrags ist daher dringend zu empfehlen; es dürfte jeder auch jedem nützlich sein, denn es wird für den einzelnen Vortrag nur ein Eintrittsgeld von 20 Pf. erhoben. Näheres siehe Anzeiger.

Aus Thale.

Lehrerverband der Kreisstellen. Auf allgemeinen Wunsch finden jetzt die Familienfeier der Jugendgruppe Freitag, den 21. Februar, 20 Uhr, abgehalten.

Kreis Quedlinburg.

Ein Bergwerksdirektor in Nachterstedt erdört.

Nachterstedt, 20. Februar. Der Bergwerksdirektor Dr. h. c. h. C. A. Kraemer, Leiter der Grube „Concordia“ bei Nachterstedt (Kreis Quedlinburg), wurde am Mittwoch abend um 10.30 Uhr in seinem Garten erschossen. Direktor Kraemer hatte am Nachmittag einen besondern Arzt zu Besuch und ging mit diesem am Abend in seinen Garten. Ganz plötzlich fiel aus der Dunkelheit ein Schuß, der den Direktor hinter den Rücken und in das Herz drang. Direktor Kraemer war auf der Stelle tot. Bisher noch länger Zeit war am Kraemer in der Dunkelheit geschossen worden. Eine Untersuchung hatte sernerzeit jedoch keine Anhaltspunkte für eine bestimmte Spur ergeben.

Kraemer war erst seit dem 1. Oktober an die Stelle des ausgeschiedenen Bergwerksdirektors Schneider getreten. Der Tote ließ im 41. Lebensjahr. Er war sowohl reichhaltig als auch politisch überaus tätig, u. a. gehörte er dem Kreisrat als Mitglied an. Die Nordkommission aus Magdeburg hat sich unter Leitung des Kriminaldirektors Holters und des Kriminalkommissars Kluge nach Nachterstedt begeben.

Mit der Auslieferung einer Bestätigung für Mitleidungen, die zur Ergreifung des Mörders führen können, ist zu rechnen. Einige schätzvolle Mitteilungen über die Tat und über den Täter sind zu rufen an den Amtsverwalter in Nachterstedt bzw. an die zur Zeit am Laufen weilenden Vertreter der Landes-Kriminalpolizei, die an nächstgelegenen Kreispolizeistellen und die Landgerichtsstellen.

Nachterstedt, 18. Februar. Aus der hiesigen Volksschule werden Eltern 10 Knaben und 8 Mädchen entlassen. Die Knaben sind: Kurt Dohse, Otto Genshe, Herbert Wolf, Kurt Köner, Karl Wegner, Paul Tappert, Walter Bremer, Fritz Apel, Kurt Dietrich und Walter Schöke. Die Mädchen sind: Margarete Jodis, Irene Schulte, Gertrude Höfer, Charlotte Reitemann, Marianne Galle und Gise Bornemann. Bei der Konfirmation kommen noch drei Schüler der Altersstufe Schule hinzu, und zwar Fritz Bupmann, Bodo Brumme und Kurt Möpke.

Gatesleben, 10. Februar. Gegen Denunzianten. In jeder Zeit mehren sich die Fälle, daß Schreiber anonymer Briefe sich an den Bezirksförsterverbände wenden, um Personen, die einmal einmalige Beiträge oder laufende Unterstüßungen begehren, in rüchtschwerer Weise zu denunzieren. Es ist verurteilt worden, die Briefschreiber festzustellen. In allen Fällen ist dies jedoch nicht gescheit. Da der Bezirksförsterverbände bzw. den Gemeindeförstern hierüber nur unzulängliche Arbeit entliehe, weist der Vorsitzende des Kreisaußschusses darauf hin, daß künftig von einer Verurteilung anonymer Schreiben grundsätzlich abgesehen wird. — Die Wirtschaftsmittelverteilung. Die Bürger der hiesigen Walter Timme sind durch den hiesigen Herrsch. — Inzwischen sind die Wanderordens. Es war ein guter Gehalte des hiesigen Schützenvereins, der bei seinem diesjährigen Vermögen mit einem Mitdarbeiter an die Offendlichkeit trat. Am Nachmittag wetteiferten die Kameraden um die Erringung des Wanderordens. Schützenbruder Gustav Sturm erhielt den Orden auf 75 Ringe. Am Abend bereitete dann ein Ball die Schützenkameraden mit ihren Gästen im Tränkehallen Saale. — Die Jahreshauptversammlung der Partei findet am kommenden Sonntag, 18.

Uhr, im Magdalenischen Lokale statt. Die Tagesordnung ist sehr reichhaltig und außerordentlich wichtig.

Dienstag, 19. Februar. Um die Waffenerstellung. Am Montag fand im Gasthof „zum deutschen Hause“ eine öffentliche Versammlung zur Beratung der Waffenerstellung statt. Als Einberuener eröffnete Gen. Buchholz (Bangenerberg), die sehr gut besuchte Versammlung und legte dar, daß jeder seine eigenen Interessen zu wahren sucht, die Gemeindevorstellung dagegen objektiv unter Beachtung sämtlicher Interessen zu beschließen hätte. Hierauf erklärte Gen. Schöffe Fritz Buchholz, daß die Versammlung nur einberufen wäre, um einmütig einmal über die Waffenerstellung zu beraten. Es wären nur einige, die der Waffenerstellung noch nicht wohlgekommen gegenüber stehen. Nachdem Gen. Buchholz die einzelnen durchgearbeiteten Pläne fand. Der erste sei gewesen, jedem Hause fünf auf der Waffenerstellung eine Grundgebühr von 200 Mark aufzuerlegen. Dieser Plan sei aber abgelehnt, da einer solchen Vorkostenleistung auf Begüterte und Winterbewirtschaftler nicht zugestimmt werden könnte. Der weitere Plan sei der, der in der letzten öffentlichen Sitzung Annahme gefunden habe, eine Staffelfung der Grundgebühren von 150 bis zu 500 Mark. Auch die vorgeschlagene Kostenentlastung nach der Größe des bebauten Grundbesitzes sei zu verwerfen. Es meldete sich zunächst Herr Carl Müller. Er schlug vor, das Wasser jedem frei zu liefern, soweit jeder wollte, dafür aber jedem eine paulsake Gebühr und zwar gestaffelt

von 20 Bfg. bis auf 15 RT. für die Großverbraucher aufzuerlegen. Herr Müller stellte die letzten beschlossenen Grundgebühren von 150 RT. bis 5 RT. als eine Stufenreihe dar, die die Kosten decken sollte, die die wirtlichen Großverbraucher durch das Mischen der Waffenerstellung einparten. Hierfür erhielt Herr Müller zugunsten den Bestand der Verammlung. Schiedsrichter und Gemeindevorsteher 3 ander machte einen ähnlichen Vorschlag. Weiter wurde vorgeschlagen, die Brunnen zwangsweise zu schließen und das Zählerwesen bestehen zu lassen. Dilem meldete Gen. Buchholz (Gammert) entgegen, daß auch hierbei die Kostenaufbringung sehr fragwürdig sei, daß vorzüglich unter wirtlicher Waffenerstellung immer noch nicht feststehe, sich auch erst über die Art der Einrichtung entscheiden müsse, ähnlich wie bei der Einführung des elektrischen Lichts. Nach kurzer Pause wurde dann aus allen Ständen eine Kommission ausarbeiten und der Gemeindevorstellung vorlegen wird.

Dienstag, 19. Februar. Die Sitzung des Vereins „Einigkeit“ hielt vergangenes Sonntag in der Magdalenischen Gastwirtschaft eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde über den Abgang der Gärten beraten und festgestellt, daß Stünde in die Gärten nicht mitgenommen werden dürfen. Nach Regelung der Hausordnung wurde beschlossen, zur Ausdehnung des Spielplatzes Friederichstraße anzupflanzen. Die nächste Kreisratssitzung findet hier in Dienstag statt.

Mitteldeutsche Rundschau.

Ein Mördererbe auf der Spur.

Halle. Vor einigen Tagen wurde zwischen Halle und Saale und Saale der Arbeiter Bärenfeld erschossen aufgefunden. Umkleet von ihm lag ein Revolver und ein Gewehr. Man nahm die Kriminalpolizei aus Magdeburg hat inzwischen Nachforschungen angestellt, die etwa folgendes Ergebnis hatten: Ein Bahnerbeiter hatte drei Schüsse vernommen. Offenbar ist Bärenfeld von einem Mörder vereschieden erschossen worden. Ein hessischer Bärenfelds hat den Revolver mit zwei Schüssen zur Strecke gebracht, und es Bärenfelds das erlegte Tier besetzte schaffen wollte, ungenommen der Revolver ist wieder aufgefunden, und hat dann einen großen Schuß abgegeben, durch den Bärenfeld in den Tod getroffen wurde. Der Freund hat dann, was vorgefundene Spuren beweisen, den Schmerzerleider nach Hause schleppen wollen und hat ihn, als der Tod inzwischen eingetreten war, auf offener Straße liegen lassen. Die Hausinsudungen, die die Kriminalpolizei vornahm führten zu verschiedenen Verhaftungen. Bei einem der Verhafteten, dem Arbeiter H., wurde eine vollständige Mörderausrüstung aufgefunden.

ihre Mann, der sich herangekehrt hatte, hintertriebt und ermordete sie durch unglückliche Eide in Herz und Lunge. Die Verurteilten Mörderbeirinnen bedrohte er ebenfalls mit dem Tode. Das Schwurgericht Dessau verurteilte Mansfeld deshalb wegen Mordes zum Tode. Auf die Revision des Urteils hat das Reichsgericht, Schwurgericht, und zwar weil die Frage nach einer möglichen Affektanbahnung vom Gericht nicht zugelassen worden war. Heute hatte sich das anhaltische Schwurgericht nochmals mit dem Fall zu beschäftigen. Die Innenabteilung des Paragraphen 51 wurde verneint, dagegen wurde das Vorliegen einer Affektanbahnung nicht unbedingt verneint. Wenn aber die Tat im Affekt geschehen sein sollte, dann ist es ein normaler und kein strafwürdiger Affekt gewesen. Daraufhin verurteilte das Schwurgericht den Angeklagten abermals zum Tode.

Ein Post-Aufwasch für die Anstalt.

Mühlhausen. Ein Verheerungssturm der Reichspost geriet beim Bahnhafen der über die Lintruf führenden Wagenheber Brücke auf den Fußweg, durchbrach das Geländer und stürzte aus einer Höhe von 8 Metern in die Lintruf, die an dieser Stelle sehr hoch ist. Der Wagen überstürzte sich dabei und wurde schwer beschädigt. Der Führer wurde verletzt, während die vier Fahrgäste mit dem Schwere davonkamen.

Magdeburger Ehepat.

Magdeburg. In der letzten Zeit haben unvorstellbare Verhandlungen mit der Stadt Braunschweig stattgefunden, die auf eine Freirechtsvereinbarung zwischen Braunschweig und Magdeburg hinführen. Es handelt sich zunächst nur um eine Übergangsvereinbarung mit dem Staatsministerium und der Stadt Braunschweig, ob es möglich ist, im Interesse beider Städte Erparnisse zu erzielen. Magdeburg wird erst endgültig zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen, nachdem der neue Oberbürgermeister Magister Magdeburg gewählt ist, damit dieser nicht von vornherein vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Es ist beabsichtigt, daß die bisherigen Vorverhandlungen erst unter Mitwirkung des neuen Oberbürgermeisters fortgesetzt werden sollen. Sobald in dieser Richtung einigliche Beschlüsse gefaßt sind, werden weitere Mitteilungen erfolgen.

Geschäftsordnungsüberprüfung im halleischen Stadtparlament.

Halle. Zur möglichen Veränderung von Stadtauseisen wurde von der Stadtverordnetenversammlung eine Überprüfung der Geschäftsordnung beschlossen, und zwar soll hinsichtlich der Beschlüsse sich zwei Ordnungsausschüsse, von zehn Sitzungen ausgeschlossen werden können. Bei Besprechung der Tätigkeiten wird der betreffende Abgeordnete vom Vorstand ohne weiteres ausgeschlossen.

Die Schenker Wälder an den Nordhafen von Halle und Gutsbezug.

Schwendt. Die Unternehmung gegen die vor einigen Tagen verhafteten beiden Wälder Deusch und Selter aus Papitz ist es als möglich erschienen, daß beide an dem noch immer aufgeführten Mord am Gastwirt Winter in Halle im September 1928 beteiligt sind. Auch eine Beteiligung an der Ermordung des Rittergutsbesitzers Finger in Giphra im Januar dieses Jahres erscheint nicht ausgeschlossen. Die Ermittlungen werden durch Leipzig und Weidener Beamte fortgesetzt. Deusch hat bereits eine lebenslange Zuchthausstrafe wegen Ermordung des Försters Jahn im Breitenfelde Fort verdient.

Verhaftung eines kommunistischen Schriftstellers.

Magdeburg. Der vor kurzem vom Reichsgericht in Leipzig wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Unterstützung einer landesfremden Verbindung zu 1 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilte Schriftsteller Eidenmann von der kommunistischen Zeitung „Triebfeder“ wurde am Mittwoch früh in seine Wohnung verhaftet und zur Verhütung seiner Flucht nach Bremen abtransportiert.

Raubüberfall in der Dübener Heide.

Düben a. d. Mulde. Zwischen Hohentaus und Gräfenhainichen wurde nachts ein dreier Raubüberfall auf den jungen Förster Max Schmidt aus Wittenberg verübt. Dieser wollte seine in Hohentaus wohnenden Eltern besuchen und hatte sich gleich nach der Ankunft des Abendzuges in Gräfenhainichen auf den Weg durch die Dübener Heide begeben. Am logenamen „Hohen Berge“ sprangen plötzlich zwei junge Leute, von denen einer ein Fernrohr bei sich führte, an der Dunkelheit auf ihn zu, hielten ihm einen Revolver vor die Brust und verlangten Geld. Schmidt war gefesseltgenötigt genug, den Räubern nur eine kleine Geldbörse mit 3.90 M Inhalt zu überreichen, während er einen größeren Geldbetrag verheimlichte. Als die Wegelagerer offenbar mit dem „armen Handwerksburschen“, als der er sich ausgegeben hatte, Mittel verfuhrte, gaben sie ihm die 3.90 M zurück und verabschiedeten sich. Selter blieb die Suche nach ihnen bisher ergebnislos. Es handelt sich wahrscheinlich um die Raubfälle, die die Dübener Heide schon seit längerer Zeit unruhig machen.

Mystifizisches Verschwinden eines Landwirts.

Sachsenweide. In nicht geringe Umruhe versetzt wurde im benachbarten Doree Jeeben die Familie des Landwirts Gädte. Vor einigen Tagen verschwand G. aus dem Ort, ohne daß seine Angehörigen eine Ahnung hatten, aus welchem Grunde und mochte es sich anfangs nicht ganz klar zu machen, bis er am Montag einen Brief geschrieben, in dem er zum Ausdruck bringt, daß er nicht wieder in seine Heimat zurückkehren werde. Die Feststellungen ergaben, daß Gädte sich in Groß-Zepfenburg eine Eisenbahnfahrkarte nach Bismark gekauft hat. Von da ab fehlt jede weitere Spur von ihm.

Zum zweiten Mal zum Tode verurteilt.

Dessau. Das anhaltische Schwurgericht hatte sich abermals mit der Mordtatsache Mansfeld zu beschäftigen. Der Arbeiter Hermann Mansfeld aus Dessau führte durch seine Schuld während 17 Jahren eine unglückliche Ehe. Die Frau trennte sich von ihrem Mann im vorigen Jahr. Als sie im Herbst in der Postlager Heide mit Fortarbeiten beschäftigt und einmal zur Seite getreten war, überfiel sie

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck. Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS.

Ich, der Herold
unserer Arbeit, verkünde:

Nicht totes Material, nein,
der Geld, so in unseren
Unternehmen und unseren
Wirtschaftern, lebet, gibbet
sich. Was das besonders
Gepräge.

Lasset in den Felsen Guch so
sein, wenn Gemeinnützig
es ist. Das jeder Qualitäts
mitzuerinnernde
der in den Bann
der Kurmark ziehet

KURMARK

MAZEDONEN-MISCHUNG

